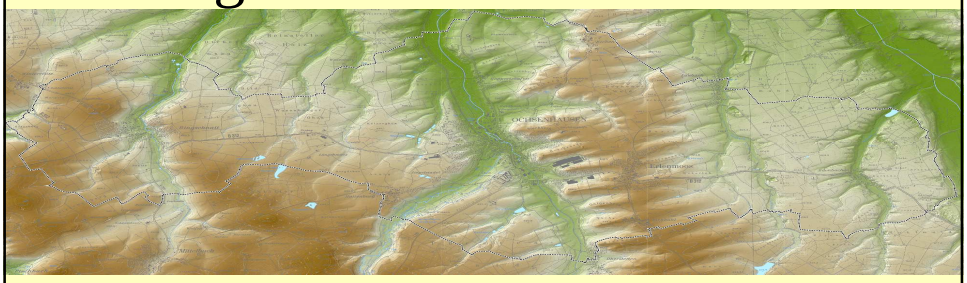
Raumordnungsverfahren B 312 Ringschnait bis Edenbachen



Petra Stark, Andrea Gamerdinger, Regierungspräsidium Tübingen, Ref. 21

Informationstermin 3. Juli 2018

Kapfhalle, Ochsenhausen

Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

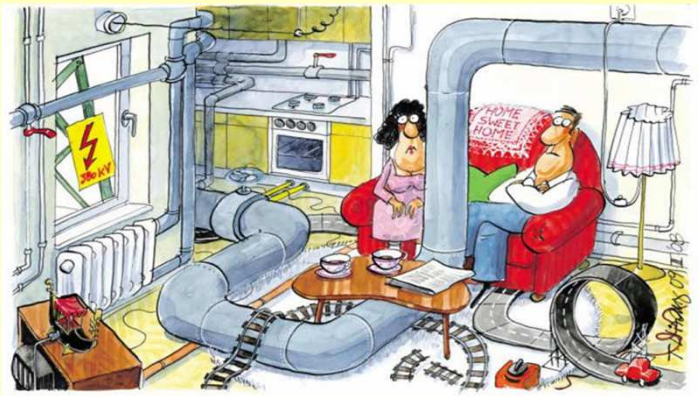
Was ist Raumordnung

Raumordnung regelt die

- zusammenfassende
- überörtliche und
- fachübergreifende

Ordnung des Gesamtraums und seiner Teilräume

Notwendigkeit der Steuerung verschiedener Raumnutzungen



Folie 3, 04.07.2018

Aufgaben und Instrumente des Regierungspräsidiums als höhere Raumordnungsbehörde

- Überprüfung anderer Planungen auf Übereinstimmung mit den raumordnerischen Vorgaben von Bund, Land und Regionalverbänden
- Beratung von Kommunen zu einzelnen Vorhaben
- Stellungnahmen zu Bauleitplänen
- Verfahren in der Zuständigkeit des RP
  > Raumordnungsverfahren
  > Zielabweichungsverfahren

Folie 4, 04.07.2018

Raumordnungsverfahren

Nach der Raumordnungsverordnung (Bundesrecht) soll für bestimmte raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden. Z.B. für:

- Deponien
- Hochspannungsfreileitungen, Gasleitungen
- **Bau von Bundesfernstraßen,** Schienenstrecken
- Kraftwerke
- Rohstoffabbau
- großflächiger Einzelhandel, Einkaufzentren
- große Hotelkomplexe, Feriendörfer, Freizeitanlagen

Raumordnungsverfahren

Rechtsgrundlage:

§ 15 Raumordnungsgesetz (ROG)und § 1 Nr. 8 Raumordnungsverordnung:

Bau einer Bundesfernstraße, die der Entscheidung nach § 16 des Bundesfernstraßengesetzes bedarf (Linienbestimmung durch den Bund)

Verfahrensregelungen:

§ 15 ROG und §§ 18, 19 Landesplanungsgesetz

Funktionen des Raumordnungsverfahrens

- Übereinstimmung eines raumbedeutsamen Vorhabens mit den Erfordernissen der Raumordnung
- Abstimmung mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen
- Klärung von Grundsatzfragen in einem möglichst frühen Stadium zur Vermeidung von Fehlplanungen und Fehlentwicklungen

Funktionen des Raumordnungsverfahrens

im Raumordnungsverfahren wird geprüft,

- ob das Vorhaben mit den Vorgaben der Raumordnung übereinstimmt
  - **Prüfungsfunktion**
- wie das Vorhaben mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen abgestimmt oder durchgeführt werden kann (Raumverträglichkeitsprüfung)
  - **Abstimmungsfunktion**
- wie und wo die raumordnerisch günstigste Lösung gefunden werden kann
  - **Optimierungsfunktion**

Inhalt des Raumordnungsverfahrens

Raumstrukturelle Auswirkungen:

- Siedlungswesen
- Gewerbliche Wirtschaft und Tourismus
- Land- und Forstwirtschaft
- Verkehr
- Versorgung und Entsorgung
- Verteidigung

Folie 9, 04.07.2018

Inhalt des Raumordnungsverfahrens

Raumordnerische UVP:

Untersuchung der einzelnen Schutzgüter

- Mensch
- Tiere und Pflanzen
- Geologie und Boden
- Wasser
- Klima / Luft
- Landschaft
- Kultur- und Sachgüter

Folie 10, 04.07.2018

Beurteilungsgrundlagen

Raumordnungspläne
enthalten die übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Planung für die räumliche Ordnung und Entwicklung des Landes und seiner Regionen:

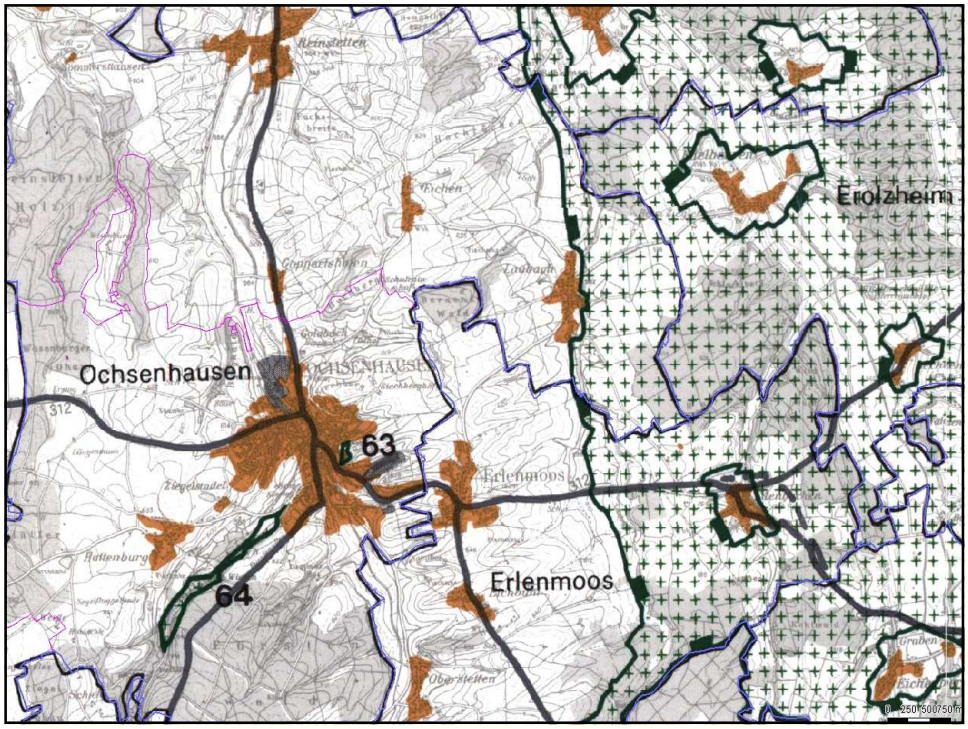
> Raumordnungsgesetz des Bundes

> Landesentwicklungsplan für Baden-Württemberg

> Regionalplan Donau-Iller mit seinen Teilfortschreibungen

Maßstab der raumordnerischen Beurteilung

- **Ziele** der Raumordnung: verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen in Raumordnungsplänen;
  z.B. Ziele zum Freiraumschutz
- **Grundsätze** der Raumordnung: Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen;
  z.B. Vorrang des Ausbaus von Verkehrswegen vor Neubau
- **sonstige Erfordernisse** der Raumordnung;
  z.B. in Fortschreibung befindliche Regionalpläne



Ablauf des Raumordnungsverfahrens

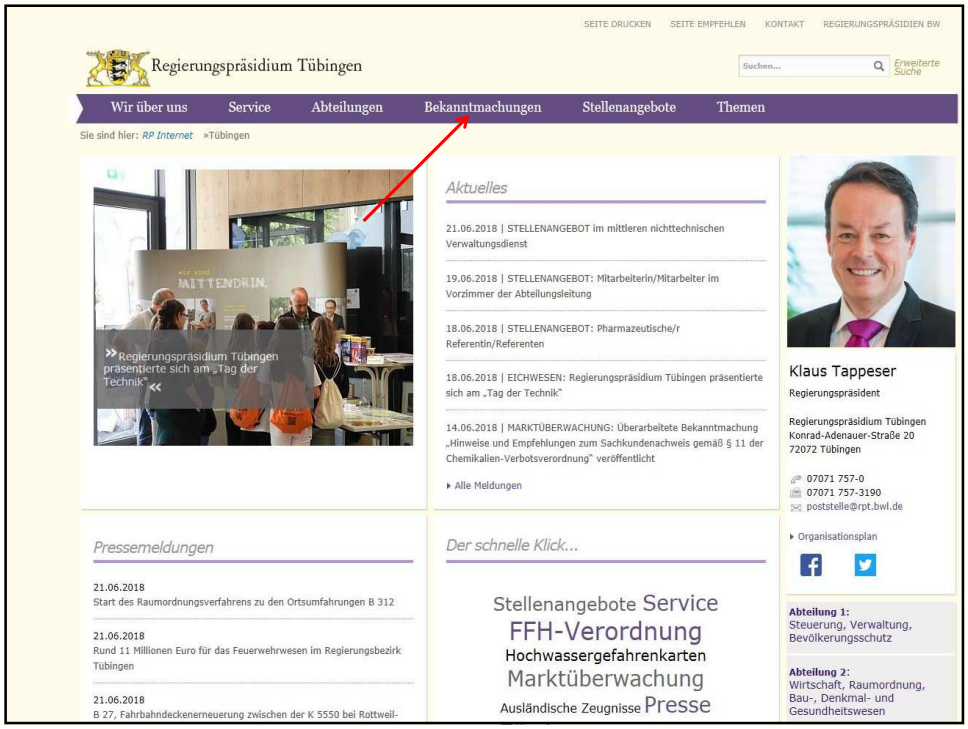
- Einleitung des Verfahrens
- Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
- Öffentliche Auslegung der Unterlagen in den Gemeinden
- ggf. Erörterung der Einwendungen
- Erstellung der raumordnerischen Beurteilung als Ergebnis des Raumordnungsverfahrens
- Bekanntgabe des Ergebnisses

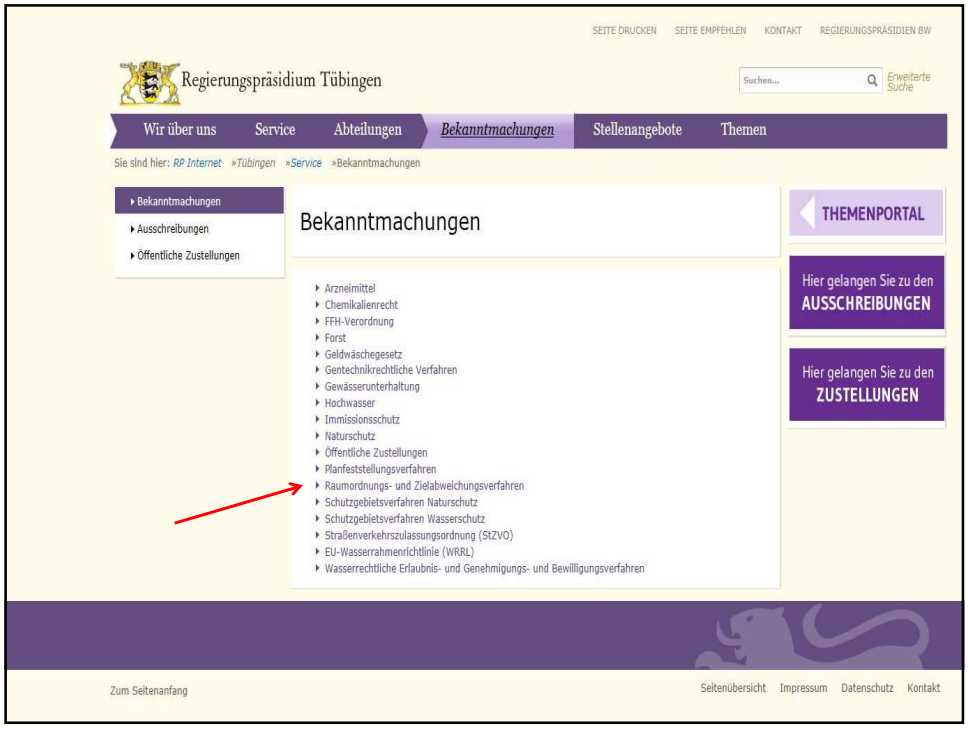
Folie 14, 04.07.2018

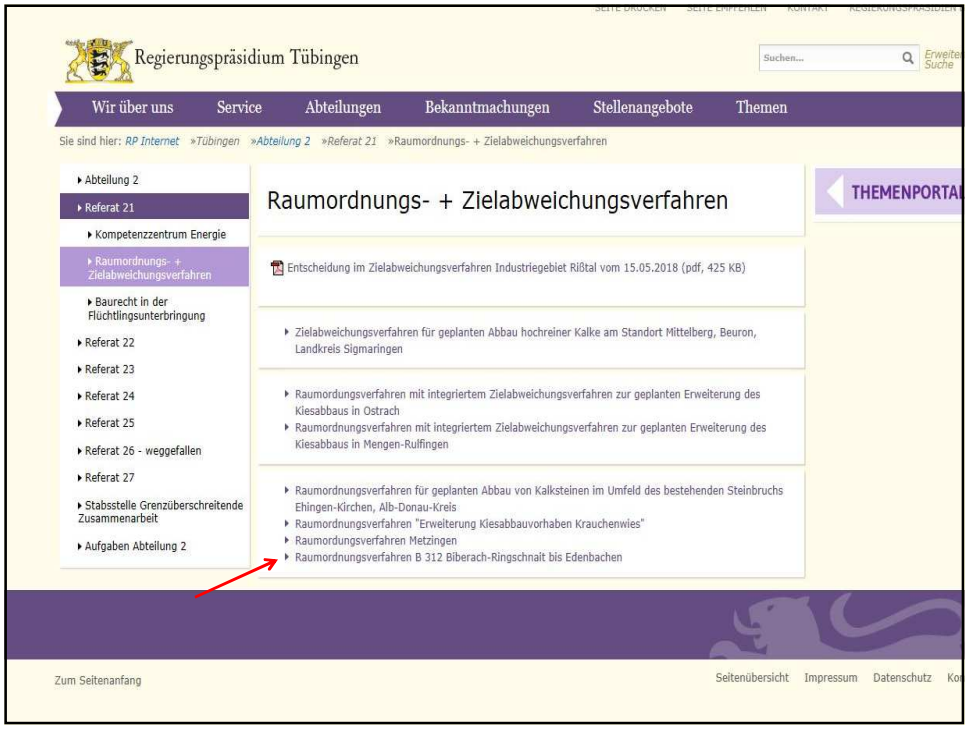
Formen der Beteiligung

- Information und Beteiligung der **Öffentlichkeit**
  - Auslegung der Unterlagen in den betroffenen Gemeinden und Veröffentlichung auf der Homepage des Regierungspräsidiums und des Landratsamts Biberach
  - **Jedermann kann sich zum Vorhaben äußern; aber Achtung, private Belange (Eigentum, Existenzgefährdung, Lärmschutz…) sind nicht Prüfungsgegenstand!**
  - gegebenenfalls öffentliche Erörterung der Einwendungen
  - Information über das Ergebnis

Folie 15, 04.07.2018




SEITE DRUCKEN
SEITE EMPFEHLEN
KONTAKT
REGIERUNGSPRÄSIDIEN BW
Regierungspräsidium Tübingen
Suchen...
Erweiterte Suche
Wir über uns
Service
Abteilungen
Bekanntmachungen
Stellenangebote
Themen
Sie sind hier: RP Internet »Tübingen »Service »Bekanntmachungen
Bekanntmachungen
Ausschreibungen
Öffentliche Zustellungen
Bekanntmachungen
Arzneimittel
Chemikalienrecht
FFH-Verordnung
Forst
Geldwäschegesetz
Gentechnikrechtliche Verfahren
Gewässerunterhaltung
Hochwasser
Immissionsschutz
Naturschutz
Öffentliche Zustellungen
Planfeststellungsverfahren
Raumordnungs- und Zielabweichungsverfahren
Schutzgebietsverfahren Naturschutz
Schutzgebietsverfahren Wasserschutz
Straßenverkehrszulassungsordnung (StZVO)
EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)
Wasserrechtliche Erlaubnis- und Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren
THEMENPORTAL
Hier gelangen Sie zu den AUSSCHREIBUNGEN
Hier gelangen Sie zu den ZUSTELLUNGEN
Zum Seitenanfang
Seitenübersicht
Impressum
Datenschutz
Kontakt


Regierungspräsidium Tübingen
Suchen...
Wir über uns
Service
Abteilungen
Bekanntmachungen
Stellenangebote
Themen
Sie sind hier: RP Internet »Tübingen »Abteilung 2 »Referat 21 »Raumordnungs- + Zielabweichungsverfahren
Abteilung 2
Referat 21
Kompetenzzentrum Energie
Raumordnungs- + Zielabweichungsverfahren
Baurecht in der Flüchtlingsunterbringung
Referat 22
Referat 23
Referat 24
Referat 25
Referat 26 - weggefallen
Referat 27
Stabsstelle Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
Aufgaben Abteilung 2
Raumordnungs- + Zielabweichungsverfahren
Entscheidung im Zielabweichungsverfahren Industriegebiet Rißtal vom 15.05.2018 (pdf, 425 KB)
Zielabweichungsverfahren für geplanten Abbau hochreiner Kalke am Standort Mittelberg, Beuron, Landkreis Sigmaringen
Raumordungsverfahren mit integriertem Zielabweichungsverfahren zur geplanten Erweiterung des Kiesabbaus in Ostrach
Raumordnungsverfahren mit integriertem Zielabweichungsverfahren zur geplanten Erweiterung des Kiesabbaus in Mengen-Rulfingen
Raumordnungsverfahren für geplanten Abbau von Kalksteinen im Umfeld des bestehenden Steinbruchs Ehingen-Kirchen, Alb-Donau-Kreis
Raumordnungsverfahren "Erweiterung Kiesabbauvorhaben Krauchenwies"
Raumordungsverfahren Metzingen
Raumordnungsverfahren B 312 Biberach-Ringschnait bis Edenbachen
Zum Seitenanfang
Seitenübersicht
Impressum
Datenschutz

Formen der Beteiligung

- Fristen:

  > Öffentliche Bekanntmachung: 1 Woche

  > Auslegung: 1 Monat

  > Einwendungsfrist: bis 1 Monat nach Auslegung

Formen der Beteiligung

Beteiligung der **Träger öffentlicher Belange**

- Gemeinden und Landkreis
- Regionalverband
- Naturschutzverbände
- Bauernverband
- Fachplanungsträger, z.B.
  > Landesamt für Denkmalpflege,
  > Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau
- IHK und HWK
- Versorgungsträger

Rechtswirkungen des Raumordnungsverfahrens

- Keine unmittelbare Außenwirkung, gerichtlich nicht direkt anfechtbar
- Kein Ersatz für die nachfolgenden Zulassungsverfahren
- Das Ergebnis ist in den folgenden Verfahrensschritten im Rahmen der dafür geltenden Vorschriften zu berücksichtigen

Verhältnis zum Planfeststellungsverfahren

- Vorabprüfung der öffentlichen Belange, die in den Raumordnungsplänen ihren Niederschlag gefunden haben
- Ermittlung der raumordnerisch günstigsten Lösung
- keine Detailprüfung
  - geringere Untersuchungstiefe, z.B. bei Artenschutzfragen
  - keine technischen Details
- Aufzeigen von Problemstellungen und Lösungswegen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit